

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig  
mal Einschluß des Postverkehrs deutscher Buchhändler zu Berlin

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrenstraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

### Preisgabe des besetzten Gebietes

Neun Monate lang hat die Bevölkerung des besetzten Gebietes die schwere Last des passiven Widerstandes getragen. In der Politik, die diesen Kampf hervorrief, hatte sie keinen Teil, noch ist sie, als die Notwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit zur Erörterung stand, zu Rate gezogen worden. Dessenungeachtet hat sie die beispiellose Opfer ohne Märkten und Feilschen gebracht. Sie tat das in dem Bewußtsein, der deutschen Sache zu dienen. Um dieser Sache willen haben viele die heimliche Scholle verlassen, ihre Wohlfahrt dahingegeben, die Freiheit geopfert und selbst das Leben. In ihrer Haltung wurde sie von der Reichsregierung ermutigt, von fast allen Deutschen gestützt, von der gesamten Presse mit Lob überschüttet und ihr besonders von den großkapitalistischen Zeitungen der ewige Dank des Vaterlandes in sichere Aussicht gestellt. Und als der Widerstand für beendet erklärt wurde, haben die Kämpfer wiederum nicht nach der Notwendigkeit dieser Schwertung gefragt, sondern sich auch diesmal schweigend darein geschickt, in dem Glauben, daß dies um der deutschen Sache willen geboten sei. Von Anfang bis zu Ende wurde die Bevölkerung des besetzten Gebietes von dem Bewußtsein getragen, daß die schweren Opfer ohne Einwendung zu bringen seien, um die Einheit des deutschen Landes und die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft zu erhalten. Und heute?

Heute hat die Reichsregierung den Beschluß gefaßt, das besetzte Gebiet „vorübergehend“ preiszugeben! Das heißt, es soll der Bevölkerung in den nächsten Tagen die finanzielle Unterstützung entzogen werden und es den Besatzungsmächten überlassen bleiben, für die Millionen Deutsche zu sorgen. Und das tut zu einer Stunde, wo ein großer Teil der Industriebetriebe stillgelegt ist und der Rest die Stilllegung für die nächsten Wochen ankündigt, kurz wo Hunderttausende von Arbeitern ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Brot auf der Straße liegen. So trifft der Beschluß der Reichsregierung abermals die Schichten am härtesten, die durch den neunmonatigen Kampf am schwersten zu leiden hatten, nämlich die Arbeiterklasse. Wenn das Bürgertum und die Schwerindustriellen so sehr wie die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden würden, ob dann wohl die Regierung ihren Beschluß gefaßt hätte? Es werden hauptsächlich nur die Proletarier getroffen. Diese Tatsache läßt die Zustimmung erklären, die der Beschluß bei den Reaktionen aller Schattierungen findet. Weil es nur gegen Proleten geht, fehlt auch der Zentrumschrift Stegerwald nicht. In seinem Blatte *Der Deutsche* weist er auf das Gaager Landkriegsabkommen hin, das die Besatzungsmächte verpflichtete, für die Bevölkerung besetzter Gebiete zu sorgen. So wird indirekt die Entziehung der finanziellen Unterstützung der einkommenslosen Arbeiter des besetzten Gebietes zu bemängeln versucht. Die christlichen Arbeiter können sich mit dem Landkriegsabkommen über ihre Hungerkur hinwegsetzen. Dieses Trostmittel hat ihnen ihr Führer Stegerwald gespendet. Sie mögen sich dafür bei ihm genierend bedanken.

Der Beschluß der Reichsregierung wird mit dem Mangel an Mitteln begründet. Die Kasse der Staatskasse zwingt, die Zahlung von Unterstützung einzustellen und die Versorgung der Bevölkerung den Besatzungsmächten zu überlassen. Nun ist es richtig, daß die Staatskasse zur Zeit nicht genug Geld birgt, um die Millionen, die das besetzte Gebiet heimsucht, zu leisten. Die Zahl der ganz Erwerbslosen wird auf zwei Millionen angegeben, die der Kurzarbeiter auf ebenfalls zwei, und beide Gruppen Hilfsebedürftiger nehmen mit jedem Tag noch mehr zu. Immer mehr eisenindustrielle Großbetriebe haben ihre Tore geschlossen und jetzt kommt die Meldung, daß sämtliche Maschinenwerkstätten des Ruhrgebietes ihren Besatzungsmächten auf den 20. Dezember gestrichelt haben. Auch diese Waffenstillstandsbewegung wird mit der Erschöpfung der Betriebsmittel, der Fragwürdigkeit des Abmachens und der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen mit den Besatzungsmächten erklärt. Die Aussichten auf ein besseres Verhandlungsergebnis sind nach amtlicher Meinung überaus gering.

Aber auch wenn man an der Wichtigkeit dieser amtlichen Darlegung nicht deutelt und zugibt, daß es mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches überaus traurig bestellt ist, so darf daraus nicht die Preisgabe gefolgert werden, die Menschen des besetzten Gebietes einfach ihrem Schicksal zu überlassen, nachdem sie ihre Pflicht gegen ihr Land und Volk untadelig erfüllt haben und dadurch in bitterster Not geraten sind. Man sollte meinen, daß es nun an der Bevölkerung des besetzten Gebietes wäre, ihre Pflicht gegen die Bevölkerung an Rhein und Ruhr ebenso zu erfüllen, wie diese es gegen das Volk im unbesetzten Gebiet getan hat. Solange in diesem noch ein Satz Mehl oder Kartoffeln ist, muß er mit den Schicksalsgenossen im Westen geteilt werden. Dann muß man doch fragen, ob die Unterstützung von Reichs wegen wirklich nicht mehr aufgebracht werden kann. Es leet, wie behauptet, kann die Staatskasse nun doch wohl nicht sein. Denn die letzten Wochen hat die Reichsregierung ungeheure Summen mit vielen tausend Zentnern Mehl der bayrischen Regierung zur Verteilung überlassen. Man sollte meinen, was für das mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen reich gesegnete Bayern recht ist, müßte für das ausgehungerte Gebiet des Westens billig sein.

Nirgends haben wir schon einmal, und zwar vor gar nicht langer Zeit bombastischer versprochen, die Staatskasse sei ganz am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, aber bald darauf konnten wir wahrnehmen, daß noch höllisch viel Geld beschafft werden konnte. Man wird sich erinnern, daß mit dem Antikontingent der Regierung Cuno bestimmt versichert wurde, mit der Erfüllungspolitik müsse Schluss gemacht werden, weil die Staats-

kasse völlig erschöpft sei, um noch weitere Reparationszahlungen zu leisten. Sie sollen nur kommen, hieß es, und sehen, wo sie die verlangten Milliarden finden! Sie kamen. Der Ruhrkrieg begann. Und siehe, zu dessen Finanzierung kamte mit einem Male mehr Geld gefunden werden, als die Reparationszahlung für mehrere Jahre heischte. Jetzt dürsten wohl die meisten bereit, die damals die Behauptung von dem völligen Geldmangel glaubten, überzeugt sein, daß sie getäuscht wurden und daß die Weiterführung der Erfüllungspolitik viel weniger unheilvoll gewesen wäre, als der Ruhrkrieg. Heute heißt es wiederum, es sei kein Geld da, und aufs neue wird den Siegern freigespielt, zu tun, was ihnen beliebt. Ist der Kanzler Stresemann, der aus der schwerindustriellen Volkspartei stammt, vertrauenswürdig als der Kanzler Cuno, der als der Vertrauensmann von Industrie und Wirtschaft galt? Es ist tausend gegen eins zu werten, daß das Geld, das jetzt als einfach unaufbringbar erklärt wird, über kurz oder lang aufgebracht werden muß, werden wird, um die verheerenden Folgen der Preisgabe des besetzten Gebietes zu tilgen. Die Kosten der Cuno'schen Staatsweisheit, so niederdrückend sie auch sind, werden sich als eine geringfügigkeit erweisen neben den Kosten, die der neueste Akt der Stresemann'schen Regierung verursacht. Für die Preisgabe der Erfüllungspolitik muß das jetzige Geschlecht sein Verbot büssen, für die Preisgabe des besetzten Gebietes wird das deutsche Volk bis ins dritte und vierte Glied büßen müssen, und das ohne sichere Aussicht auf gänzliche Wiedergutmachung des Schadens zu haben.

Man kann wohl annehmen, daß sich die Regierung der ganzen Tragweite ihres Beschlusses bewußt ist. Nach halbamtlichen Meldungen verhehlt sie sich keineswegs, in welcher schweren Zwangslage die betroffene Bevölkerung komme, doch könne sie nicht lange dauern, denn wenn erst die Besatzungsmächte selbst die Millionen Menschen nähren und für deren Arbeit voll zahlen müßten, sie bald zu Verhandlungen und Entgegenkommen bereit sein würden, so daß das alte Verhältnis zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland bald wieder hergestellt wäre. Kurz, die Regierung nimmt an, die Preisgabe des besetzten Gebietes könne nur eine schnell vorübergehende sein.

Diese Darlegung heißt einen unwillkürlich an die schönen Hoffnungen Cuno's denken. Dieser Unglücksrabe von einem Kanzler baute seine Ruhrpolitik auf einigen über Englands Hauptstadt liegenden Nebelchwaden auf, die seine weltpolitische Schwachmütigkeit für anmarschierende Hiltstruppen hielt. Es steht zu befürchten, daß es seinem Amtsnachfolger nicht besser geht. Es ist kein Grund zu haben, der annehmen ließe, daß die Preisgabe des besetzten Gebietes nur kurzfristig sei. Eher ist anzunehmen, daß sie von Frankreich als die so sehr erwünschte Gelegenheit zur Erreichung des hohen Zieles betrachtet und geschickt ausgenutzt wird. Ob sich dann in der deutschen Bevölkerung noch genügender Widerstand zeigen wird, muß sorglich bezweifelt werden. Die Treue läßt sich vielleicht beim Hunde einprägen, aber nicht beim Menschen. Durch den Entzug der Unterstützung, durch das Alleinlassen in ärgster Not, durch das Davonschieben gerade in dem Augenblick, wo die Befähigung der Gemeinschaftspsychik am notwendigsten ist, muß ein tiefergehender Wandel in der Stimmung der geduldeten, verlassenen, abgestellten Menschen eintreten. Der leere Magen wird das Gefühl bestimmen, die Not den politischen Sinn horhin lenken, wo sie befruchtet wird. Selbst wenn die Vorkämpfer, die die fremde Hand reich, noch so lang sein sollten, es wird nichts, beizubringen etwas mehr sein, als was die eigene Volksgemeinschaft darbietet. Das wird zur Entschung und Formung einer neuen Gesinnung nicht wenig beitragen, die später wieder anzufassen sich sehr schwer erweisen und recht lange dauern kann. Somit halten wir die Meinung für ganz irrig, die Preisgabe des besetzten Gebietes sei nur vorübergehend. Wie dem auch sei, jedenfalls ist es ein strahlendes Beginnen, die weltliche Bevölkerung im Stich zu lassen. Sie darf nicht dem Hunger überantwortet werden. Die Scheuern, die Geldgränze und die Truben bergen der Nährmittel und des Goldes noch in Fülle. Die Schätze müssen nur eingesetzt und für die brot- und mitleidlose Bevölkerung verwendet werden.

Den deutschen Sozialisten und Arbeiter bestimmt noch ein anderer Umstand, den Beschluß der Regierung zu bekämpfen. Es ist sehr verdächtig, daß es in erster Linie Reaktionäre sind, die der Preisgabe von Rhein und Ruhr das Wort reden. Wünschen die Schwerindustriellen die (vorübergehende oder dauernde) Trennung von der deutschen Republik, um ungehindert ihre Pläne durchzuführen? Von den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse ist alles zu erwarten. Sie mögen von dem Glauben besetzt sein, die Ruhrarbeiterklasse ist unfähig zu machen, wenn sie der politischen Unterstützung ausbleibt und durch Hunger geschwächt ist. Sie werden es für möglich halten, einem so gedrückten Proletariat die wiederholt erhobenen Forderungen aufzuzwingen, das heißt, den wichtigsten Erzeugnissen zu bejätigen. Wer weiß, wie bald die industriellen Patrioten in trautem Verein mit der fremden Herrschaft die eigene Arbeiterklasse schinden und auspressen. Wir befürchten, die Preisgabe des besetzten Gebietes wird sich für die Proletenklasse als eine ebenso reiche Geldquelle erweisen als der Ruhrkrieg. In der Verfolgung ihrer materiellen Interessen wird sie keine Sorge um die Einheit des deutschen Landes und um Zusammenbleiben aller deutschen Volksgenossen hemmen. Das ist für den Arbeiter und Sozialisten ein gewichtiger Grund mehr, sich der Preisgabe des besetzten Gebietes aufs äußerste zu widersetzen.

### Bewahret klaren Kopf!

Von einem in der vordersten Reihe des Verbandes stehenden Kollegen wird und geschrieben:

S. e. Wer in Versammlungen oder in Privatgesprächen die Stimmung der Kollegen beobachtet, dem muß sich ganz unwillkürlich die Tatsache aufdrängen, daß eine tiefe Unzufriedenheit in den Mitgliedschaften vorhanden ist. Bald kommt diese Unzufriedenheit zum Ausdruck durch gegen den Verband und seine Leitung gerichtete Vorwürfe, ein anderes Mal heißt es, der VOB verjage, oder es wird erklärt, die Führer oder die Gewerkschaftsbürokratie seien schuld an dem Elend der deutschen Arbeiterklasse.

Ein nicht geringer Teil der Mitglieder greift in seiner Niederlage über fehlgegangene Hoffnungen zu Mitteln, die die vermeintliche Untätigkeit der Leitung in eine größere Mürigkeit wandeln sollen. Da wird bei jeder Gelegenheit nach dem Generalstreik gerufen und die Gewerkschaftsangehörigen werden beschimpft und mißhandelt, wenn sie aus richtiger Erkenntnis der für die Arbeiterklasse entstehenden Schädigungen abraten. Ein anderer Teil glaubt, ein neues Erziehungsmittel in der Sperrung des Beitrags für den Verband zu erblicken. Das eine ist so falsch wie das andere!

Versuchen wir einmal, uns sachlich darüber auseinanderzusetzen. Jeder halbwegs vorurteilsfrei denkende Kollege wird zugedenken, daß die Not der deutschen Arbeiterklasse auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß insolge des Krieges unsere Wirtschaft von den wichtigsten Rohstoffen entblößt wurde. Ein Ersatz der Rohstoffe aus dem Ausland war entweder eine Unmöglichkeit oder mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Es kam der Friedensvertrag, der uns Landesteile entzog, die für unsere Ernährung und für die Industrie unerläßliche Rohstoffe lieferten. Der Verlust des Saargebietes und des größten Teils von Oberschlesien nahm und Kohle und Kalkenerze. Wir müssen letztere aus Schweden und Spanien einführen und sie mit Dollar, schwedischen Kronen usw. bezahlen, die wir mit Papiermark kaufen müssen. Die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln wirkt preissteigernd nicht nur auf die Devisen, sondern auch auf die aus den eingeführten Rohstoffen hergestellten Produkte. Dazu kommt der ungeheure Druck der Reparationsverpflichtungen, ferner die Tatsache, daß die fortgesetzten Unruhen und Kämpfe das Mißtrauen des Auslandes auf eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens in erheblichem Maße vermindern.

Was denn nicht gerade heute immer ein erheblicher Sturz der Mark zu verzeichnen, wenn die Folgen der politischen Erregung besonders hochgingen! Diese Tatsache gilt es klar zu erkennen und hieraus die richtige Schlussfolgerung zu ziehen.

Saben nun die Spitzenorganisationen ihre Pflicht vernachlässigt und ist ein dahin zielender Vorwurf berechtigt? Es kann doch wohl nicht ernsthaft bestritten werden, daß die Gewerkschaften zu allen großen die Arbeiterklasse betreffenden Fragen Stellung genommen und versucht haben, die Unternehmer wie die Regierungen zu weitgehenden Zugeständnissen zu veranlassen. Wenn die Erfolge auf diesem Gebiete nicht größer waren, so lag das eben an dem beispiellos schwierigen Verhältnis.

Eins haben die Gewerkschaften allerdings unterlassen — und das wird ihnen besonders von denen zum Vorwurf gemacht, die kein anderes Mittel kennen: Sie haben nicht bei jeder Gelegenheit die Generalstreikkompetenz geübt. Und das war gut so! Schon viel zu sehr sind die Kräfte der Arbeiter durch eine gewissenlose und zu nichts führenden Putzaktion geschwächt. Kommt es eines Tages dazu, daß die Arbeiterklasse um wirklich große Ziele, sagen wir um die Erhaltung der Republik, ihre Kraft einsetzen muß, dann werden wir gerade dort mit abgekämpften Divisionen zu rechnen haben, wo die Kollegen dazu leicht bereit gewesen sind, dem Gehül fischer Leute zu folgen, von denen man nie weiß, woher sie kommen und wohin sie einstmalig gehen werden. Gerade die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse erfordert Klarheit und nächsteres Denken, bevor Entschlüsse von größter Tragweite gefaßt werden.

Wer allein hat von einer Wirtschaftspolitik Vorteil? Doch nur das Unternehmenertum. Ihm ist damit sehr oft geradezu ein Gefallen erwiesen. Es spare Material, Kosten, Ausgaben für Löhne und alle übrigen Betriebskosten. Daneben hat es den Vorteil einer tiefgehenden wirtschaftlichen Schwächung der Arbeiterklasse und einer harten Forderung der Kräfte der Arbeiterorganisationen. Gerade auf eine solche Schwächung der Arbeiterklasse zielt das Unternehmenertum, weil es dann leichter in der Lage ist, seine Pläne durchzuführen zu können, nämlich: die Einführung des Sechstages, die Verkürzung der Löhnebeiträge, Aufhebung des Betriebsrätegesetzes und ähnliches mehr.

Neben dem Unternehmenertum wirken aber auch die gegnerischen Organisationen von einer Wirtschaftspolitik Vorteile. Es kommt gewiß nicht von ungefähr, daß die Kirche und Christen gerade in solchen Gebieten, wo eine außerordentliche Gefährdung in die Mitgliedschaft eingezogen ist, eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen haben. Und nirgends ist die Zahl der Unorganisierten größer, als in den Gebieten, wo sich die Kollegen am Kontraktualismus betrauen und wo bei jedem Anlaß eine Stilllegung der Betriebe erfolgt.

Der müssen die Kollegen im Lande endlich einmal erkennen und die Konsequenzen der von ihnen geschätzten Vertrauensleute nicht als bisher befehlen. Es ist höchste Zeit, daß wir mit der Restmastei und den hiesigen Wahlen aufhören und uns nicht und nicht mehr in die Hände der Regierung abgeben. Außerdem muß auch die Beschimpfung, die Mißhandlung von Gewerkschaften. Es macht sich bedauerlicherweise eine Wandlung in der Arbeiterbewegung bemerkbar, der jeder anfängliche Kollege mit allem Mut und aller Entschiedenheit entgegenarbeiten sollte. Der pure Ruf der Arbeiterklasse ist in Gefahr. Die Angestellten in den Verbänden sind keine Sozialisten oder Klassen, die man unerschrocken und roh behandeln darf, sondern es sind tüchtende und erprobte Männer, die den in Arbeit stehenden Mitgliedern als treue Berater zur Seite stehen. Sie müssen es sich entschieden verbitten, zum Dank für ihre aufreibende Tätigkeit von den eigenen Klassenangehörigen so behandelt zu werden.

Weiter noch die Frage der Beitragsperre zu besprechen. Könnten durch Beitragsperre die Unternehmer gezwungen werden, den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse um höhere Bezahlung nachzugeben, so wäre sie verständig und berechtigt. Aber die Beitragsperre selbst hat sich doch einzig und allein gegen die Arbeiterklasse selbst. Gerade in dem letzten Wochen überfüllten sich die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse. Die Organisationsleitungen wollten eingreifen, wollten kühnhandige Unternehmer oder deren Verbände mit dem Mittel des Streiks zwingen machen. Die Mitglieder haben den Verhandlungen die Hand gefesselt, geradezu genommen. Wenn die Verhandlungen dann die Gründe

fü ihre ablehnende Haltung nicht auf offenem Markt bekanntgeben, müssen sie sich die bittersten Beschimpfungen gefallen lassen.

Aber nicht nur in den Lohnbewegungen, sondern auch in der Erhebung anderer ebenso wichtiger Aufgaben der Organisation tritt eine Hemmung ein, wenn die Kollegen zur Weigerung geistig, mit der sie glauben, den Verband vorwärts treiben zu können.

Der Vorstand muß wöchentlich Millionen ausgeben für die Metallarbeiter-Zeitung. Sie ist das Bindeglied der Mitgliedschaft. Durch sie soll Aufklärung, Wissen und gemeinschaftliche Schulung unter den Kollegen verbreitet werden. Kann diese Aufgabe vielleicht erfüllt werden, wenn die Mitgliedschaft in der Zahlung der Beiträge sich von einigen Wirrköpfen beraten läßt? Die Organisation als Kampfmittel kann eben nur dann ihre Aufgaben erfüllen, wenn die Mitgliedschaft sich von falschen Einflüsterungen frei macht und klar denkend über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Gewerkschaftskampfes entscheidet.

Mit Entschuldigungen und Anträgen, die dem Vorstand auf den Tisch gelegt werden und die meist undurchführbare Forderungen enthalten, ist gar nichts getan. Wenn mit Entschuldigungen die Welt verbessert werden könnte, dann müßte die deutsche Arbeiterschaft glänzend bestehen und Deutschland das glücklichste Land der Welt sein. Statt dessen sehen wir überall nur zunehmende Not und eine Verwilderung der Moral wie auch eine vollständige Verwirrung aller Begriffe. Hieran hat sich leider ein großer Teil unserer Kollegen nicht freigehalten. Darin liegt nicht zuletzt die augenblickliche Schwäche der Arbeiterschaft. Diesen Fehler zu erkennen und ihn zu beheben, muß erste Pflicht jedes wirklichen Gewerkschafters sein. Da heißt es klaren Kopf behalten und den falschen Gerüchten und ihren Verbreitern ebenso mutig wie sachlich, aber mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Erst wenn das wieder geschieht, wird eine Verbindung in der Arbeiterschaft eintreten und der Verband seine großen Aufgaben leichter und besser erfüllen können.

### Die Entwertung des Goldlohnes

Uns wird geschrieben: Es ist an sich nicht zu verwundern, daß der größte Teil des deutschen Volkes, der jahrelang und bis zur völligen Erschöpfung die fürchterlichste Inflation erlitten, nämlich die der Geldentwertung getragen hat, seine Hoffnung auf die Einführung der wertbeständigen Währung und damit auch der wertbeständigen Löhne setzt. Die Forderung nach Goldmarklöhnen wird nun allgemein erhoben. Gleich als sie auskam, wurde von einschüchternen Volkswirtschaftlern gewarnt, von der Einführung der Goldlöhne alles Feil zu ermarken. Die Entwicklung der letzten Zeit hat diese Warnung gerechtfertigt. Es hat sich herausgestellt, daß wir nach der Papiermarkentwertung in eine regelrechte Goldmarkentwertung hineingeraten sind. Ganz ähnlich wie in Rußland, hat auch in Deutschland der Übergang zu einer stabileren Währung zunächst die Normierung aller Preise im Kleinhandel auf Goldbasis zur Folge gehabt. Da nun aber eine tatsächliche Goldwährung vorläufig nicht in Aussicht zu nehmen ist, so hat man sich eine solche in der Weise, daß man den Kurs der Goldmark auf Grund des jeweiligen amtlichen Dollarkurses berechnet. Man ging davon aus, daß im Frieden ein Dollar = 4,20 Goldmark war und errechnete so den Gegenwert für die Goldmark. Hierbei ließ man zunächst außer acht, daß heute der Dollar in Amerika bei weitem nicht mehr die Kaufkraft der Vorkriegszeit hat. Der Dollar hat heute nicht einmal mehr die Hälfte seines Wertes von 1914. Schon dieser grundsätzliche Fehler mußte zu einem völlig unzureichenden Goldmarkkurs führen. Es kommt aber hinzu, daß die Berliner Devisennotierungen von der Reichsbank künstlich niedergehalten werden, um der Mark gewissemaßen durch eine Kaufkraftsprüfung ein Weiterleben bis zur Ausgabe des wertbeständigen Geldes zu sichern. Der amtliche Berliner Dollarkurs erzieht in der letzten Zeit nur den dritten oder vierten Teil dessen, was man nach den ausländischen Marktnotierungen für den Dollar zahlen mußte. Sogar an den schwarzen Börsen des Auslandes und besonders des besetzten Gebietes wurden die fremden Zahlungsmittel zum zwei- bis vierfachen amtlichen Kurs gehandelt. Hieraus ergab sich für den Warenhandel die unangenehme Folge, daß er seine Waren, deren Preise er in Goldmark festsetzte, unter Jugrundelegung des Berliner Dollarkurses verkaufen mußte, während bei der Einfuhr von Feilen, Schweißbrennern, Werkzeugen usw. der viel ungünstigere Kurs des Auslandes in Anwendung gebracht wurde. Um Verluste zu entgehen, setzte der Handel einfach die Goldmarkpreise wiederholt höher an. Die Arbeiter und Angestellten verschiedener Betriebe, die am 1. November zur Zahlung von Goldmarklöhnen übergegangen sind, kamen sehr bald in eine recht bedrückte Lage. Sie erhielten bei der Auszahlung Papiergeld auf Grund des jeweiligen amtlichen Dollarkurses, mußten aber die unangenehme Wahrnehmung machen, daß die Warenpreise in Goldmark berechnet von einem Sahnehalm zum andern ganz bedeutend gestiegen waren. Die tatsächliche Kaufkraft des Arbeitslohnes hatte sich also trotz der Goldmarkbasis erheblich verringert.

Ein werden in der zweiten Novemberhälfte hoffentlich die Rentenmark in Verkehr setzen. Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, daß damit die hier geschilderte Entwertung der Goldmarklöhne aufhört. Die Geschäftswelt wird sich nur sehr langsam erheben, die Goldmarkpreise werden den der Vorkriegszeit anpassen. Die Tatsache, daß seit Januar die Wareneinfuhr Deutschlands sich fortgesetzt verringert hat und daß auch die infanzible Produktion weit hinter den Bedarf zurückbleibt, hat ohnehin schon einen spürbaren Mangel zur Folge. Wenn jetzt im Verlaufe weniger Wochen eine ungeheure zusätzliche Kaufkraft in Gestalt von vielen Millionen Dollarschuldscheinungen, Goldanleihen und einiger Milliarden Rentenmark geschaffen wird, so wird diese erneut während der Goldmarkperiode. Unter diesen Umständen bedeuten feste Goldmarklöhne keine Sicherheit für die Arbeitnehmer. Im gleichen Maße, wie in der Übergangszeit neben dem wertbeständigen Geld auch die Rentenmark im Umlauf bleibt und der wertliche Kurs der Rentenmark im Vergleich zu den ausländischen Währungen sich erhöhen werden, können auch Goldmarklöhne nicht ohne gewisse Verächtlichung der Rentenmarkperiode verwirklicht werden. Der neue Goldmarkkurs, wie wir ihn im Frieden hatten, kann erst festgelegt werden, wenn die Rentenmark wenigstens annähernd stabil ist.

### Geschäftliche Schädigung durch jahrhundertliche Patrioten

Die wirtschaftlichen Patrioten des Reiches haben den Wertbeständigkeitskampf. Das ist ihnen zum Glück noch nicht gelungen, noch aber haben sie schon zahlreiche deutsche Geschäfte von ausländischen Investitionen vertrieben. Wie sie das fertig bringen, zeigt der folgende Brief, der vom Direktor einer großen Nürnberger Spielwarenfabrik kommt. Die Geschäftslage, die den 2. November trägt, lautet im wesentlichen:

„Kriegsbeginn haben wir mit großer Freude begrüßt, bis wir wegen des Hungers und der Beschlagnahme nicht nach Nürnberg kommen konnten, wo wir unser Geschäft zu betreiben. Die schlimmste Folge davon ist ein sehr hoher Verschleiß der Waren. Die Geschäftslage ist durch die Beschlagnahme unserer Waren, die durch die Beschlagnahme der Waren entstanden sind, sehr ungünstig. Die ausländischen Firmen, die unsere Waren in großer Menge abnehmen, haben sich durch die Beschlagnahme unserer Waren sehr ungünstig betroffen. Die ausländischen Firmen, die unsere Waren in großer Menge abnehmen, haben sich durch die Beschlagnahme unserer Waren sehr ungünstig betroffen.“

einem tiefen Café. Die Folge: sofortige Abreise, ohne etwas gekauft zu haben. Den gleichen Fall erlebte ich mit einem amerikanischen Einkäufer, welcher mir versicherte, daß dieses Jahr nicht 2 v. H. der Amerikaner, die voriges Jahr zum Einkauf gekommen, kommen würden aus obengenannten Gründen.

In dem Betriebe, wo ich als Werkmeister beschäftigt bin, laufen tagtäglich Wiese ein, die fast alle des gleichen Inhalts sind, nämlich die Zustände zu unsicher seien und der Fremde seines Lebens nicht sicher wäre. Nun ist es tatsächlich richtig, daß die Fremden von nationalitätlicher Seite aus der Straße und in Lokalen angerepelt und bedroht werden; sie spielen auch Leute mit, die noch nicht einmal Juden sind, sondern nur jüdisches Aussehen haben, wie der Spanier und Italiener...

Somit das Schreiben. Es versteht sich, daß durch diese Geschäftserschädigung nicht bloß die Arbeiter, sondern auch viele Fabrikanten schwer zu leiden haben. Um so verwunderlicher ist es, daß sich die Fabrikanten nicht tatkräftig gegen den nationalistischen Unfug wenden. Ist es Rangel an Mut?

### Ein sonderbarer Zufall

Aus Kiel wird uns gemeldet: In dem Reichswerk Friedrichsort, ein Unterbetrieb der Deutschen Werke A.G., die aus den ehemaligen (nationalen) Rüstungsbetrieben hervorgingen, wurde vor einiger Zeit eine Anzahl ausländischer Arbeiter eingestellt. Daß sie zum Teil unorganisiert waren, scheint zufällig zu sein. Kurze Zeit darauf macht die Direktion der Deutschen Werke unter Aufsicht ehemaliger Arbeitervertreter einen schamlosen Vorstoß gegen den Achtstundentag. Man ernannte den Arbeiter: Wenn ihr 9 Stunden arbeiten wollt, ist Arbeit in Fülle und Hülle vorhanden, bleibt es aber beim Achtstundentag, so sind wir gezwungen, den Betrieb bedeutend einzuschränken. Die Betriebsräte lehnten das Ansuchen ab und eine Betriebsversammlung kam zum gleichen Ergebnis. In der fraglichen Versammlung waren auch die neu eingestellten unorganisierten Arbeiter anwesend, und schließlich war es auch nur Zufall, daß einige von diesen Feldern das Wort ergriffen, die Gewerkschaften in Grund und Boden verdammt und ihre Vertreter als Verräter des Achtstundentages verdächtigten. Wenige Tage später wurde festgestellt, daß diese nämlich Lumpen, die sich in der Versammlung als Hüter des Achtstundentages aufstellten, in dem Reichswerk Friedrichsort ihren Arbeitstag verbrachten und nach Feierabend in einer anderen Maschinenfabrik des gleichen Ortes noch einmal ein Tagewerk abschafften. Es waren sonderbare Zufälligkeiten mit diesen rabulisten Feldern. Kiel hat seit Kriegsende zu allen Zeiten den größten Prozentjahre Erwerbseinkommen gehabt, selbst zu Zeiten höchster Beschäftigung blieb eine starke Zahl Erwerbseinkommen übrig. Als die Wechselschicht von der Doppelschicht zur Nachmittagschicht über, benachteiligte sich ihrer eine starke Erregung. Die Wechselschicht verlangte die Entlassung dieser Leute. Es kam nicht an, daß ein Arbeiter mehr als einen Arbeitsplatz bezieht. Die Forderung der Wechselschicht war berechtigt. Bezeichnenderweise breitete die Direktion schamlos ihre Hände über diese Lumpen. Sie lehnte die Entlassung ab. Dann haben, was wohl zu begreifen ist, die Arbeiter zur Selbsthilfe gegriffen. Sie wollten die Wünsche mit Gewalt zum Besten bringen. Die hatten aber Wind von der Sache bekommen und waren der Arbeit ferngeblieben. So kam es nicht zu Tätlichkeiten. Die Direktion nahm aber den Vorgang zum Anlaß, ihren Betrieb zu schließen. Später ist er wieder geöffneter worden und die Neueinstellungen ergaben die Mäßigung unserer besten Verbandsfunktionäre. Das war schließlich der Zweck der Übung. Ein wunderbares Zusammenwirken glatter Zufälligkeiten.

In Kiel ist es überhaupt in letzter Zeit zu Arbeitsniederlegungen der verschiedenen Großbetriebe gekommen, die alle mit Nichtwiedereinstellung größerer Arbeitermassen endeten. Dadurch ist das Meer der Arbeitslosen über alle Begriffe vergrößert. Trotzdem wird versucht, Arbeiter heranzuziehen. Ein Schritt, der nicht zu begreifen ist, oder es wird angenommen, daß ganz bestimmte Absichten von der Gegenseite verfolgt werden. Die Arbeiterschaft hat Vorbehalt zu lassen. Zugunsten der Arbeiterschaft ist nach Möglichkeit zurückgehalten. Die Kollegen haben sich unter allen Umständen, sofern sie Angebote nach Kiel erhalten, an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltung, Leipzig, Hauptstraße 24, Zimmer 13, um Auskunft zu wenden. Zu beachten ist ferner die große Wahrsamkeit in Kiel.

### Der Kongreß des französischen Metallarbeiter-Verbandes

Vom 11. bis 13. Oktober fand zu Paris der sechste Verbandstag des französischen Metallarbeiterverbandes statt. Es war dies der erste nach der Spaltung. Der seit vielen Jahren als der führende Kopf der Organisation geltende Kollege Perrheim liegt schwer krank in einer Heilanstalt. In bewegten Reden wurde des modernen Streikrechts gedacht und ihm ein telegraphischer Gruß geschickt. Von den 148 Gruppen des Verbandes waren 108 durch 55 Abgeordnete vertreten. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes gingen zahlreiche Klagen über die betrübenden Folgen der Spaltung. Diese habe eine Ohnmacht gegenüber der des Unternehmertums zur Verwirklichung des Achtstundentages weitlich ausgedehnt. Und wenn irgendwo Aussicht vorhanden sei, die Überwindung des Achtstundentages zu verzeichnen, ständen sich Fabrikanten als Saboteure des Achtstundentages. Im Zusammenhang mit der Abwehr der Angriffe auf den Achtstundentag wurde die Frage der Arbeiterkassen mit Begeisterung behandelt.

Der kommunistische Verband (Fédération Unitaire des Métaux) hat wiederholt versucht, eine Verbindung mit dem alten Verband herzustellen. Dieser Versuch machte er auf diesem Kongreß, dem er ein Schreiben geschickt hatte, worin um Zulassung einer Abordnung ersucht wurde. Der Kongreß lehnte diese Forderung nach kurzer Aussprache fast einstimmig ab; die bezogenen Räumlichkeiten der Arbeiterkassen sind die Zulassung der kommunistischen Abordnung nur zu dem Zweck, um ihr einige Fragen darüber zu stellen, wie von ihrer Seite die Einflüsterung in diesem oder jenem Ort bestritten werde. Der Kongreß ist eine Bestätigung der Stellungnahme des Vorstandes, die er im Laufe des letzten Jahres den Komitees übergeben hat, die den kommunistischen Verband einmündig hat, die darin besteht, daß eine vollständige Einigung nur durch Verschmelzung der beiden Gruppen in jedem Ort zu erreichen sei, aber nicht durch Bildung eines von beiden Seiten gebildeten Aktionskomitees. In einer Entschliessung des Kongresses, der die Meinung über die allgemeine Lage wiedergibt, lautet ein Entsch:

„Der Kongreß erneuert für die deutschen Arbeiter seine unerschütterliche Freundschaft und Solidarität. Er erachtet, daß die Arbeiter in dieser schwierigen Lage mehr denn je die Pflicht haben, um ihr eigenes Bestehen den obersten Zweck zu setzen, um so zu einer Zeit zu gelangen, die zur Verwirklichung und Zulassung aller Völker führt. In dem Kampf gegen die Aufhebung des Achtstundentages ist die Solidarität der Arbeiter der großen französischen Gruppe und der Regierenden, die den Grund einer internationalen Solidarität gegen alle einzelnen Verbände darstellt, eine wichtige Sache, die nicht zu trennen ist.“

Wenn wir noch erwähnen, daß der Sekretär der Eisenarbeitenvereine, Adolphe Jig, der Lage beunruhigt war sein Appell für unsere Selbstverteidigung und Unterstützung, so sind alle für den wichtigsten Punkt der vorliegenden Verhandlungen genannt.

### Entlassung des Telefons in Italien

Die italienische Bewegung Italiens wurde von Großkapitalisten unterdrückt. Sie streben ihr Ziel anzuzeigen nur in der Hoffnung, es mit einem Preis zurückzuführen. Ihr geringes Alter richtete sich auf die Entlassung. Mit dieser Überlegung an Privatunternehmer wurde begonnen, als der italienische Staatsrat Mussolini an die Regierung kam. Sie sollte unter anderem Bedingungen auf, unter welchen die Privatindustrie den öffentlichen Telefonsbetrieb übernehmen soll. Es ist nicht einer einzigen Firma das Recht für das ganze Land erteilt worden, sondern das gesamte Netz wird in Teile zerlegt und einzelnen Unternehmen übergeben. Es muß bemerkt werden, daß der öffentliche Telefonsbetrieb, entgegen der allgemeinen Meinung, von dem Staat nicht verstaatlicht war, im Gegenteil — er war

eben recht beträchtlichen Gewinn ab. So blieben im letzten Jahre nach Abzug erheblicher Summen für Wertberminderung noch 200 Millionen Lire als Gewinn übrig. Das Gerücht von der Desfiktivität des Telefonsdienstes war nur ein Manöver der Privatkapitalisten, um für die Entlassung Stimmung zu machen.

In Deutschland würde es bestimmt nicht anders werden, wenn die Beschäftigten zur Herrschaft kämen. Die sie aushaltenden Großkapitalisten würden gleichfalls die Verstaatlichung des Eigentums des Staates verlangen, natürlich nur, um sie — rentabler zu machen (für das Privatkapital nämlich!).

### Die Arbeitslage in der Metallindustrie Ende Oktober 1923

Nechstzeitig berichteten 433 Verwaltungen. Erfasst wurden 24 276 Betriebe und 1 728 307 Arbeiter. Von diesen waren 781 525 = 45,22 v. H. (Ende September 61,34 v. H.) Vollarbeiter, 888 198 = 51,39 v. H. (34,65 v. H.) Kurzarbeiter und 58 584 = 3,30 v. H. (4,01 v. H.) Streikende. Die von Kurzarbeit betroffenen Arbeiter verteilten sich wie folgt: Bis zu 8 Stunden 9,8 v. H. (15,4 v. H.), 9 bis 16 Stunden 22,3 v. H. (19,4 v. H.), 17 bis 24 Stunden 43,9 v. H. (48,2 v. H.), 25 und mehr Stunden 24 v. H. (17 v. H.).

Gegenüber dem Vormonat hat sich die Arbeitslage weiter ganz bedeutend verschlechtert. So hat sich die Zahl der Arbeitslosen fast verdoppelt, die Zahl der Kurzarbeiter stieg um annähernd 50 v. H., wie folgende Tafel zeigt:

Erstag	Vollbeschäftigte v. H.	Kurzarbeiter v. H.	Arbeitslose v. H.
27. Januar	97,96	2,05	1,25
24. Februar	95,58	4,42	1,62
31. März	86,03	13,76	6,27
28. April	74,88	24,72	2,49
26. Mai	81,10	18,65	6,85
30. Juni	86,93	12,59	4,48
28. Juli	87,37	12,03	3,85
25. August	83,09	16,58	7,06
29. September	61,34	34,65	9,90
27. Oktober	45,22	51,39	18,90

### Fernwirkung des Arbeitszeitgesetzes

Die Angriffe des deutschen Unternehmertums und ihrer väterlichen Geschäftsbesorger werden im Auslande mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Ansicht ist allgemein, daß wenn in Deutschland zu einer längeren Arbeitszeit übergegangen werde, die anderen Länder bald folgen würden — um wettbewerbsfähig zu bleiben, so daß man am Ende in Sachen der Wettbewerbsfähigkeit genau so weit wie vorher wäre, nur daß eben die Arbeiterschaft länger schmerzen müßte und die Unternehmer mehr profitierten. Unter anderem schreibt der Londoner New Statesman in seiner Ausgabe vom 13. Oktober:

Von all den Errungenschaften, die sich nach dem Kriege die europäischen Arbeiterklassen mit oder ohne Revolution gesichert haben, ist nur der in den meisten kontinentalen Ländern gesetzlich verbürgte Achtstundentag geblieben. Die industrielle Reaktion tut jetzt ihr Möglichstes, ihn zu beseitigen. In England haben wir kein Achtstundentagsgesetz, und dieser Mangel macht den Erfolg unserer Arbeiter unsicher. So hat unsere Arbeiterbewegung ein sehr starkes Interesse an der Erhaltung des Achtstundentages in Deutschland, denn die Einführung einer längeren Arbeitszeit in Deutschland würde ganz bestimmt einen Anjammern in anderen Teilen Europas zur Folge haben und in Großbritannien die Bewegung gegen den Achtstundentag sehr stärken. Herr Stinnes hat die Verlängerung des Arbeitstages zu einer seiner Hauptforderungen gemacht, und in diesem Punkte ist er vollständig eins mit den französischen Industriellen. Eine internationale Abmachung, die den Achtstundentag allgemein machte, war die erste Handlung des durch den Friedensvertrag geschaffenen Internationalen Arbeitsamtes. Jeder Versuch, von den Bestimmungen der Abmachung abzuweichen, sollte als nationales Vergehen angesehen werden, wogegen zu protestieren alle Nationen jeden Anlaß haben...

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 25. Nov. ist der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. November bis 1. Dezember 1923 fällig.

### Vom 17. Nov. an kostet ein Ertragsbuch 0,42 Goldmark

Den am 17. November und später zur Post gegebenen Ertragsbuchbestellungen ist dieser Betrag in wertbeständigen Reichsbanknoten (Dollarschuldscheinungen) beizulegen. Provinzial-, Stadt-, Industrie- oder sonstige Geldscheine werden nicht in Zahlung genommen, sondern auf Kosten des Gläubigers zurückgeliefert. — Alle Ertragsbücher müssen bezahlt werden. Bei der Bestellung sind die üblichen Bestellformulare zu verwenden.

Die Erhebung eines Ertragsbeitrags wird nach § 6 Abs. 7 des Verhandlungsfolgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Mitglied (Mitarbeiter über 20 Jahre)	2 000 000 000 Mk.
unter 20	1 500 000 000
	14 000 000 000
	13 000 000 000
Gläubiger (je nach Beitragshöhe)	11 000 000 000
	7 000 000 000
	5 000 000 000
Freiwillige	1 000 000 000
Wahlkreis	0,05 Goldmark
Ren-Mitteln (ab 47. Beitragswoche)	25 v. Hundert
Reisende (erwachsene männl. Mitgl., einmalig)	0,10 Goldmark
(weibl. u. jugendl.)	0,05
(laufender Ertragsbeitrag)	10 v. Hundert

Die Nichtbezahlung dieser Ertragsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. — Für die Lehrlings- und Jnvalidentklasse dürfen diese Ertragsbeiträge nicht erhoben werden.

### Anforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Bewältigungsfällen, denen Adressen der Aufgeklärten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

### Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:

Der Schlosser Bruno Sembries, geb. am 9. November 1883 in Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 4.839.280, wegen Demagogik.

### Auf Antrag der Verwaltungstelle Offenbach a. M.:

Der Schmied Johannes Marquardt, geb. am 12. Juli 1893 in Sappenheim, Mitgliedsbuch Nr. 4.848.228, wegen Unterdrückung.

### Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Horenz und Siekerarbeitern nach Kamenen A.; von Gold- und Silberarbeitern nach München D.; von Holzgeräten und Holzlegern nach Elzsb. Göttingen St.; von Kesselschmiedern nach Erfurt D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig Str.; nach Gumbrecht (Eisenarbeiten und Maschinenfabrik Heint. S. D.); nach Erlangen (Metallwarenfabrik Weßa vorm. Gebrüder Siegerich) St. nach Stolz i. Pommeren R.